

Tischvorlage

zum Statement des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Herr Jörg Ziercke, zur Sitzung des
Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema Antisemitismus

Straftatenentwicklung Politisch motivierte Kriminalität (PMK) –rechts; Antisemitismus

Die Landeskriminalämter (LKÄ) haben im Jahr 2007 im Phänomenbereich „Politisch Motivierte Kriminalität-rechts“ mit antisemitischem Hintergrund 1561 Straftaten gemeldet (ca. 6% Rückgang zu 2006). **Im Durchschnitt wurden 2007 bundesweit ca. 4 Straftaten/Tag verübt.**

Der Schwerpunkt liegt bei den Volksverhetzungs- (1036; 2006: 1.113) und Propagandadelikten (274; 2006: 282). Entgegen der Entwicklung der antisemitischen Gesamt-Fallzahlen stiegen die Gewaltdelikte auf 61 (2006: 44), die strafrechtlich in der überwiegenden Anzahl als einfache Körperverletzungsdelikte (58) zu klassifizieren sind.

Phänomenologie antisemitischer Straftaten

Antisemitismus ist als Bestandteil des Themenfeldes Hasskriminalität Gegenstand des kriminalpolizeilichen Meldedienstes.

Typische Angriffsziele antisemitischer Straftaten sind vor allem jüdische Gedenkstätten, Mahnmale und jüdische Friedhöfe. In der Regel handelt es sich bei der Deliktsqualität der Angriffe um Sachbeschädigungen bzw. Diebstähle sowie um Propagandadelikte.

Entscheidend für die Zuordnung zum Themenfeld ist die Motivation des Täters und nicht der tatsächliche Opferstatus. Für die Erfassung als antisemitische Straftat ist es daher unerheblich, ob das Opfer jüdischen Glaubens bzw. israelischer Staatsbürger ist. Dies belegt auch eine Studie des Moses Mendelssohn Zentrums der Uni Potsdam aus dem Jahr 1996.

Der typische **Modus Operandi** einer antisemitisch motivierten Körperverletzung ist der vorausgehende täterseitig provozierende Wortwechsel/die Pöbelei, die den rechten Einstellungsmustern entspricht, mit sich anschließender Gewalttätigkeit. Diese Auseinandersetzungen ereignen sich in der Regel aus der Situation heraus, d.h. nicht geplant und auch nicht von einer Organisation gesteuert, sowie häufig unter Einfluss von Alkohol.

Demgegenüber beläuft sich der Anteil der Körperverletzungsdelikte, bei denen eine gezielte Vorbereitungshandlung festgestellt wurde, im Bereich der PMK-rechts auf ca. 2 %.

Die Anzahl der **Friedhofsschändungen** hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufig entwickelt und befindet sich mit 30 Nennungen auf dem niedrigsten Stand seit Jahren. Dies ist zumindest auch auf die präventiven Maßnahmen der Polizei – hier der intensiven Bestreifungsmaßnahmen an den gefährdeten Objekten - zurückzuführen.

Das Medium **Musik** zeichnet sich immer mehr als Identität stiftender Faktor in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ab und wird auch von der Szene selbst zu diesem Zweck eingesetzt. Neben rechtsextremistischer Musik werden Jugend- und Schülerzeitungen und das Internet zur möglichst frühen Indoktrination junger Menschen – auch mit antisemitischen Inhalten – genutzt. Diese Bereiche bilden insofern auch einen Kernbereich polizeilicher Präventions- und Strafverfolgungsmaßnahmen. Auf diesen erhöhten Strafverfolgungsdruck hat die rechte Szene reagiert und vor Veröffentlichung ihrer Tonträger eigene Rechtsprüfungen vornehmen lassen, um so entsprechenden Sicherstellungen zu entgehen. Dies führte insgesamt zu rückläufigen polizeilichen Feststellungen. Weiterhin haben die Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden im Ergebnis auch dazu geführt, dass Produktion und Vertrieb inkriminierter Tonträger in großen Teilen ins Ausland verlagert worden sind.

Im Jahr 2007 wurden 158 **Musikveranstaltungen** (überwiegend Skinhead-Konzerte) bekannt. Auch sie dienen der Verbreitung rechtsextremistischen/antisemitischen Gedankengutes.

In Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder wurde im Jahr 2000 ein „Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität – rechts“ erarbeitet, der – unter Berücksichtigung der jeweiligen landesspezifischen Regelungen – eine geeignete Grundlage und ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Phänomenbereiches PMK-rechts darstellt.

Auf der Basis dieser Konzeption gehen die Polizeien der Länder konsequent gegen rechte Musikveranstaltungen vor. Es zeichnet sich ab, dass entsprechende Veranstaltungen zunehmend in das benachbarte Ausland verlagert werden. Darauf hat das BKA mit einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, die sich zum Beispiel mit unserem Nachbarn Tschechien sehr positiv gestaltet, reagiert.

Die Sicherheitsbehörden beobachten kontinuierlich rechtsextreme Aktivitäten im **Internet**, um strafbare Inhalte aufzuspüren. Ziel ist es, den Rechtsextremen diese Propaganda-Plattformen zu entziehen. Dem dient das konzeptionelle Vorgehen gegen die Anbieter strafrechtlich relevanter Inhalte in Abstimmung mit den zuständigen Landesbehörden. Einen zentralen Beitrag zur Aufklärung im Internet leisten die Verfassungsschutzbehörden und insbesondere das BfV. Weitere Kooperationspartner sind neben der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) die Organisation jugendschutz.net.

Ziel der Zusammenarbeit mit den Internet Providern ist, sie für „rechte Inhalte“ zu sensibilisieren und ihre Selbstkontrolle einzufordern. Dies gestaltet sich mit deutschen Internet Providern durchaus erfolgreich, hier besteht eine hohe Bereitschaft zur Kooperation. Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Providern allerdings sehr schwierig.

Prävention

Zentrales Element der Auseinandersetzung mit der Politisch motivierten Kriminalität –rechts- sind Maßnahmen der Prävention. Träger dieser Maßnahmen im Bereich der Polizei sind die Polizeien der Länder. Das BKA unterstützt diese im Rahmen seiner Mitarbeit in den entsprechenden Gremien, insbesondere auch im Rahmen des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ (Pro PK). Als Beispiel ist die Kampagne gegen Rechtsextremismus „Wölfe im Schafspelz“ zu nennen. Die mediale Kampagne brandmarkt ideenreich das verdeckte Agieren der Rechtsextremisten und bietet dadurch Schülern, Eltern und Lehrern eine Hilfestellung im Umgang mit diesem Phänomen.

Internationale Zusammenarbeit

Der internationalen Zusammenarbeit kommt natürlich bei der operativen Zusammenarbeit auch in diesem Phänomenbereich eine herausragende Bedeutung zu. In diesem Kontext ist ein Ermittlungsverfahren des BKA i. Z. m. inkriminierten Tonträgern gegen einen australischen Staatsbürger zu nennen, in dem weitere Bezüge in die skandinavischen Länder bestehen.

Eine erfolgreiche Bekämpfung der PMK-rechts-/des Antisemitismus erfordert aber eine weitergehende strategische und konzeptionelle Zusammenarbeit mit unseren ausländischen Partnern.

Ausgehend von einer EU-Arbeitstagung im April 2006 in Bonn hat das BKA gemeinsam mit den Partnern aus Österreich, der Schweiz und Schweden regelmäßige Expertentreffen „Expert Meeting on Right-wing-Extremism“ (EMRE) ins Leben gerufen.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zu Bekämpfungskonzepten und -ansätzen sowie zu Lage- und Auswertungsprodukten statt. Aktuell wurde im Jahr 2008 ein gemeinsames Lagebild für den grenznahen Raum A, CH und D erstellt, das auch in die polizeilichen Einsatzkonzeptionen zur EM 2008 eingeflossen ist.

Das BKA ist seit Jahren Mitwirkender im **OSZE-Antisemitismus-Prozess** und damit im Sinne der „Strategien gegen Rechtsextremismus – Maßnahmen der Bundesregierung“ im Bereich des Handlungsfeldes I, Internationales/Menschenrechtspolitik, aktiv.

Die OSZE hat mit einer Veranstaltung am 12./13. September 2005 erstmalig die Hasskriminalität international auf Polizeiebene thematisiert. In der Folge hat die OSZE durch ihre Unterorganisation

ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) mit Sitz in Warschau das „**Law Enforcement Officer Training Programme for Combating Hate Crimes**“ (**LEOP**) als Teil des Gesamtprogramms der OSZE zur Bekämpfung der Hasskriminalität etabliert.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK)/Gefährdung jüdischer/israelischer Einrichtungen in Deutschland

Antisemitische/antiisraelische Straftaten werden nicht nur von rechtsextremistischen deutschen Straftätern, sondern auch von Ausländern begangen (u. a. aus dem Palästinakonflikt resultierend). Den erfassten Straftaten im Jahr 2007 kommt rein statistisch gesehen zwar keine besondere Bedeutung zu. Gleichwohl sind sie neben den Erkenntnissen und Hinweisen aus dem internationalen insbesondere islamistischen Extremismus/Terrorismus in die Bewertung der Sicherheit jüdischer/israelischer Einrichtungen in Deutschland mit einzubeziehen. Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist nach Einschätzung der Bundessicherheitsbehörden von einer hohen, besonderen Gefährdung israelischer/jüdischer Einrichtungen und Interessen auszugehen.

Zusammenarbeit des BKA mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland

Vor dem Hintergrund der dargestellten besonderen Gefährdung israelischer/jüdischer Interessen und Einrichtungen in Deutschland pflegt das BKA regelmäßige Kontakte zum Zentralrat der Juden in Deutschland.

Zusammenarbeit mit der Wissenschaft

Das BKA arbeitet auch mit Institutionen aus Wissenschaft und Forschung zusammen und vergibt im Sinne einer möglichst effizienten Ressourcenausschöpfung auch Forschungsaufträge. Aktuell untersucht das Hannah-Arend-Institut Dresden mögliche Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen und rechten Straftaten.